

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgirokonten Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmiltka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 76

Bad Schandau, Donnerstag, den 31. März 1927

71. Jahrgang

Der Balkankonflikt

Vermittlung zwischen Rom und Belgrad

Für die Unabhängigkeit Albaniens.

Londoner Meldungen berichten davon, daß Südslawien die Großmächte benachrichtigt habe, daß es sich durch die mit italienischer Hilfe ausgeführte allgemeine Mobilisierung in Albanien bedroht fühle. In Berlin ist eine solche Note allerdings noch nicht eingetroffen.

Aber den Stand der Verhandlungen zur Beilegung des italienisch-serbischen Konfliktes berichtet der Londoner Vertreter der Havas-Agentur, in England sei man der Ansicht, daß die ursprünglich geplante militärische Untersuchung heute ein günstiges Ergebnis nicht mehr zeitigen würde. Man habe deshalb die Bildung eines aus Zivilpersonen bestehenden Untersuchungsausschusses ins Auge gefaßt. Ebenso wie bei dem Streitfall an der griechisch-bulgarischen Grenze kämen hierfür zwei Beobachter, nämlich ein Schwede und ein Däne, in Frage. Es sei wenig wahrscheinlich, daß dieser Vorschlag von den beiden unmittelbar beteiligten Regierungen als geeignet angesehen werde, die Angelegenheit beizulegen. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß es vor allem darauf ankomme, alles zu tun, damit eine Wiederholung derartiger Zwischenfälle verhindert werde. Hierzu wäre das beste Mittel: direkte Verhandlungen zwischen Rom und Belgrad. In diesem Sinne soll Chamberlain im Laufe seiner Unterredung mit dem italienischen Botschafter sich geäußert haben. In italienischen und serbischen Kreisen von London vertritt man die gleiche Ansicht. Die Regierung in Rom, so erklärt man, würde damit einverstanden sein, Verhandlungen mit der Belgrader Regierung aufzunehmen. Jedenfalls würde sie eine Revision des Vertrages von Tirana anstreben, die von der Ratifizierung der Abkommen durch das serbische Parlament abhängig sei, die sich aus dem von den beiden Regierungen im Jahre 1924 abgeschlossenen Freundschaftsvertrag ergeben. Die südslawische Regierung würde einwilligen, daß der Völkerbund eine ständige Kontrolle ausübe, durch die die Unverletzbarkeit Albaniens gewährleistet würde. Sie würde es auch nicht ablehnen, daß sich die Mächte zu Garantien der Unabhängigkeit machten oder daß mittels direkter Verhandlungen die Kabinette von Rom und Belgrad die Revision des Vertrages vornehmen. In dieser Richtung also orientiere sich der Meinungsaustausch.

Zu gleicher Zeit hat auch, wie bereits gestern gemeldet, in Paris eine Unterredung des englischen Botschafters Lord Crewe mit dem Generalsekretär des Auswärtigen Amtes stattgefunden.

Mobilisierung in Albanien?

Die Pariser Presse berichtet von einer allgemeinen Mobilisierung in Albanien, ohne jedoch in der Lage zu sein, Einzelheiten geben zu können. Nach einer Meldung aus Graz werden längs des Vojanostines auf dem Höhenrücken um den Stutarisee Geschütze in Stellung gebracht. Laborofsch wird besetzt und in Stutari wurden zehn neue Gebirgsbatterien untergebracht.

Keine Mobilisierung Albaniens.

Paris, 30. März. An zuständiger französischer Stelle liegt bisher keine Bestätigung der Nachricht von einer allgemeinen Mobilisierung in Albanien vor.

Um die Beilegung des Albanien-Konfliktes.

London, 30. März. Chamberlain hat einen neuen Vorschlag an die beteiligten Mächte gerichtet, nach dem Jugoslawien zunächst den Nettuno-Vertrag ratifizieren und Italien eine Erklärung abgeben soll, daß der Vertrag von Tirana Italien nicht verpflichte, unter allen Umständen die jetzige albanische Regierung militärisch zu unterstützen. Diese beiden Aktionen sollen die Basis zu neuen unmittelbaren Verhandlungen zwischen Italien und Jugoslawien abgeben. Beide Länder sollen sich dabei auf eine gegenseitige Festlegung des Status von Albanien einigen.

Eine antisächsische Note an den Völkerbund.

Paris, 30. März. Die Exekutive der „italienischen Demokratischen Union“ in Paris hat den Vorsitzenden des Völkerbundes in einer Note um Intervention des Völkerbundes in albanischen Konflikt ersucht.

Eine jugoslawische Protestnote nicht in Berlin eingegangen.

Berlin, 30. März. Wie von zuständiger Berliner Stelle mitgeteilt wird, ist eine jugoslawische Note über militärische Vorbereitungen an der albanischen Grenze bisher nicht eingegangen. Es ist auch keinerlei Mitteilung eingegangen, daß eine solche Note zu erwarten ist.

eine Verständigung zwischen der Nord- und der Südpartei herbeizuführen.

Erneute Unruhen in Schanghai?

Paris, 30. März. Hier liegen Nachrichten vor, die den Ausbruch neuerlicher Unruhen in Schanghai, und zwar in der internationalen Zone melden. In der französischen Konzession soll Ruhe herrschen. Der Kommandant von Nanjing, General Tchangschentschung, übernahm gegenüber den europäischen Militärbehörden die Garantie, daß sich in Nanjing keine weiteren Ausschreitungen gegen die Fremden ereignen würden.

China-Debatte im Unterhause.

London, 30. März. Chamberlain erklärte heute nachmittag im Unterhause, daß zurzeit Maßnahmen erwogen werden, um eine ähnliche Situation wie sie jetzt in Schanghai besteht, in Tientsin zu verhindern. In der Nachbarschaft von Tientsin ständen augenblicklich etwa 4700 Mann britische und andere ausländische Truppen. Der Außenminister ging dann noch einmal ausführlich auf die Ereignisse in Nanjing ein und erklärte u. a., es habe den Anschein, als seien die Plünderungen doch schwererer Natur, als anfänglich berichtet wurde. Sie seien von uniformierten Soldaten begangen worden, die sich erst im Feuer der ausländischen Kriegsschiffe zurückgezogen hätten. Chamberlain erklärte weiter, daß über die Frage der Zukunft der internationalen Niederlassungen mit der chinesischen Zentralregierung noch nicht verhandelt worden sei. Der gegenwärtige Zeitpunkt sei für solche Verhandlungen nicht geeignet.

Der Kriegsminister teilte dann auf eine Anfrage mit, daß sich jetzt 9 Infanteriebataillone und Hilfsstruppen der englischen Armee in Schanghai befinden. Ein weiteres Bataillon sei auf dem Wege von Hongkong nach Schanghai.

Der Abgeordnete Oberstleutnant Kenworthy von der Arbeiterpartei fragte den Außenminister, welche Schritte die englische Regierung in China zu unternehmen gedenke. Chamberlain erwiderte, daß die Mächte, deren Interessen bedroht und gefährdet worden seien, und deren Flagge man mißachtet habe, zurzeit über die zu treffenden Maßnahmen verhandelten.

Nach hier eingetroffenen Nachrichten hat der Gouverneur von Hongkong auf Anweisung der britischen Regierung den Ausländern in Hongkong mitgeteilt, daß England nicht beabsichtige, Hongkong an China abzutreten oder seine Bodenrechte auf chinesischem Festlande aufzugeben.

Für eilige Leser.

* Auf dem Flugfeld von Neuhoß bei Straßburg stürzte ein französisches Militärflugzeug ab. Der Führer wurde getötet.

* Nach Meldungen von der Halbinsel Kamischakta wurden dort durch einen Taifun etwa 130 Häuser stark beschädigt. 43 Fischer wurden vermisst. Man nimmt an, daß sie umgekommen sind.

* Der Fischdampfer Muira aus Cardiff ist am Dienstag bei Stanbury-Mouth auf ein Felsenriff aufgelaufen. Von der 12 Mann starken Besatzung konnten sich nur 5 in Sicherheit bringen.

* Newyork Herald meldet aus Singapur den Ausbruch neuer Unruhen. Britische Truppen mußten am 29. März erneut einschreiten, um die Volksansammlungen, deren die Polizei nicht mehr Herr werden konnte, zu zerstreuen. Die Chinesen bewarfen die Truppen mit Steinen.

Kontinentalpolitische Anschauungen des alten Bismarck.

(Zu seinem Geburtstag 1. April 1815.)

Von Dr. Werner Freitag.

Je mehr sich der Zeitraum vergrößert, der uns von den Erdentagen des Altreichskanzlers trennt, desto stärker erwacht in uns angesichts der verworrenen politischen Verhältnisse der Gegenwart das Verlangen, Bismarck, den ruhenden Pol in der Erscheinung der Welt, aus seiner zeitlichen Bedingtheit heraus zu greifen. Es genügt uns nicht mehr, ihn lediglich durch das Okular des kühl abwägenden Historikers zu betrachten, nein, wir wollen und müssen ihn uns verlebendigen als das, was er seiner Generation bedeutete: den funkenprühlenden Hammer-schmied des Deutschen Reiches, die Staaten bewegende Kraft einer überragenden politischen Persönlichkeit.

Welch ein Leben unerhörter Spannungen umrahmen gleichsam zwei königliche Aeußerungen über ihn: „Nicht nach Blut!“ wies Friedrich Wilhelm IV. anfangs des Anfinnen von sich, dem „Junker“ Bismarck das Portefeuille eines preussischen Ministers anzutragen; aber Kaiser Wilhelm II., der manches gutzumachen hatte am Reich im Sachsenwalde, bekannte in seinem Nachruf an den Verstorbenen: „Nicht ziemt es in diesem Augenblick, alle Taten, die der große Entschlafene vollbracht, alle Sorgen, die er für Kaiser und Reich getragen, alle Erfolge, die er errungen, aufzuzählen. Sie sind zu gewaltig und mannigfaltig, und nur die Geschichte kann und wird sie alle in ihre ehernen Tafeln eingraben.“

Es ist kein Zufall, daß uns der alte Bismarck, der „Ent-laffen“, menschlich am nächsten gerührt erscheint; ähnliche Empfindungen mögen wohl auch die Mehrzahl seiner zeitgenössischen Landsleute befeelt haben, die von nah und fern in hellen Scharen nach Friedrichruh gepilgert kamen, um „ihrem Bismarck“ in seiner bedrückten Stimmung nun erst recht ihre grenzenlose Verehrung zu bekunden. Die „vox populi“ erwies sich in diesem Falle als stärker denn Allerhöchster Kabinettsersaß. Will man sich im einzelnen aus jener Zeit, von der Entlassung bis zum Tode des Fürsten geredet (20. März 1890 bis 30. Juli 1898), über die Lebensweise sowie die persönlichen Erlebnisse und Anschauungen Bismarcks eine klare Vorstellung verschaffen, so geben uns, teilweise noch eindringlicher als die doch immerhin literarisch stilisierten „Gedanken und Erinnerungen“ die zwanglosen „Gespräche“ des Entlassenen mit Gästen seines stets offenen Hauses eine Fülle wertvoller Aufschlüsse. Daß diese Gespräche, soweit sie über den Rahmen rein persönlicher Beziehungen hinausgreifen, vorwiegend politischer Natur waren, ist selbstverständlich. „Wovon soll ich als Politiker, der ich diesen Beruf vierzig Jahre lang getrieben habe, denn anders reden als von Politik, die mich immer beschäftigt hat?“ bekennt der Kanzler einmal einem Besucher gegenüber von sich selbst. „Ich lasse mir auch nicht das Recht eines einfachen Bürgers verkümmern, ... eine eigene Meinung zu äußern. Und ich lasse mir dieses Recht am allerwenigsten von jenen kleinlichen Professionspolitikern verkümmern, welche kaum die Höschen getragen haben, als ich schon europäische Politik getrieben habe.“ Wie meisterlich er sie getrieben, beweist Bismarcks Ansicht im Verlauf eines Tischgesprächs vom 31. Mai 1875, eine geeinte Macht von fünf Millionen Preußen habe zeitweilig ganz Europa in Schach gehalten, wobei er selbst bescheiden verschweigt, wer denn die einigende Macht gewesen. Und schon sind wir im Jahreswasser Bismarck'scher Kontinentalpolitik angelangt, so wie der Alte im Sachsenwalde sie vertrat und allgemein verstanden wissen wollte. Wenn aus allen diesen Gesprächen die Sorge um den Fortbestand des jungen Reiches spricht und vielleicht auch schon die Vorahnung kommenden Unheils, so gewinnt man erst aus ihnen die rechte Einstellung zu dem fürstlichen Giganten, der gleichsam visionär die Bedrohung seines kontinentalpolitischen Meisterwerkes schon bei Lebzeiten voraussieht. Deshalb erhebt er, noch immer des Reiches treuester Waffel, seine mahnende, warnende Stimme gegenüber Freund und Feind. Bemerkenswert aus jener Zeit ist vor allem des Kanzlers Kritik am politischen Gesichtskreis seiner eigenen Landsleute: „Die Deutschen können sich, weil sie kaum den politischen Kinderstühlen entwachsen sind, nicht daran gewöhnen, die Politik als eine Wissenschaft des Mächtigen zu betrachten. Die Politik ist keine Kritik“

*) Bismarck, Die gesammelten Werke. Abteilung: Gespräche. Herausgegeben und bearbeitet von Prof. Dr. Willy Andreas. Otto Stollberg, Verlag für Politik und Wirtschaft. Berlin SW. 68.

Gefährdete Lage der Ausländer in China.

Die Lage der Ausländer, namentlich der Briten in Schantau, ist infolge kommunistischen Terrors unhaltbar geworden. Einige Engländer, die sich noch in Schantau aufhalten, bleiben in der Nähe des Ufers, um die Stadt im Falle einer Gefahr schneller verlassen zu können. Selbst der amerikanische Konsul ist genötigt, am Ufer zu wohnen. Auch aus anderen Städten, die bisher ruhig waren, kommen Nachrichten, die von der gefährdeten Lage der Ausländer zu berichten wissen.

Zum Schutze der englischen Interessen sind bisher neun britische Bataillone in Schanghai eingetroffen. Ein weiteres Bataillon wird demnächst hinzutreten.

Tschangtschaischer über die Beziehungen zu Deutschland

Der Oberbefehlshaber der Kantontuppen Tschangtschaischer erklärte dem Vertreter der Sächsischen Zeitung gegenüber, daß die Beziehungen Chinas zu Deutschland die gerade Fortsetzung der herzlichen Freundschaft Sunatsens seien, von der China für die Zukunft besonders wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit erhoffe. Angesichts der augenblicklichen revolutionären Umstände bitte er aber um Geduld und hoffe weiter auf Deutschlands Gerechtigkeit. Weiter erklärte der General, die öffentliche Meinung der englisch sprechenden Länder sei vollkommen irreführend worden durch die von Schanghai ausgehende Propaganda. Er wünsche deshalb das Aufhören der fremden Nachrichtenbüros in China und werde national-chinesische Agenturen einrichten.

Ein Protest Chinas gegen englische Greuelmeldungen.

Nach einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur hat der Kanton-Außenminister Tschien eine Protesterklärung gegen die kriegerischen Maßnahmen Englands in China und gegen die lägerhaften Greuelmeldungen der englischen Presse veröffentlicht. Weiter heißt es, die Südpartei übernehme den Schutz der in ihrem Gebiete sich aufhaltenden Ausländer.

Nach einer Havasmeldung aus Schanghai sind zwischen Tschangtschaischer und Tschangtschaischer Verhandlungen im Gange, um